

Einführung des neuen Superintendenten Hans-Martin Böcker

Am Freitag, 25. September, wird Pfarrer Hans-Martin Böcker (Kamen) in das Amt des Superintendenten des Ev. Kirchenkreises Unna eingeführt. Dies geschieht durch die Präses der Ev. Kirche von Westfalen Annette Kurschus. Im Festgottesdienst um 17 Uhr in der Ev. Stadtkirche in Unna wird Böcker erstmals als Superintendent predigen. Anschließend lädt der Ev. Kirchenkreis zum Empfang ebenfalls in die Stadtkirche ein.

Böcker wurde von der Kreissynode am 19. August zum Superintendent gewählt, nachdem seine Vorgängerin Annette Muhr-Nelson, Anfang April zum Amt für Mission, Ökumene und kirchliche Weltverantwortung der EKvW gewechselt war.

Einbruch in Kiosk – Alarmanlage verscheucht Täter

Am Dienstagmorgen gegen 2.00 Uhr haben bisher unbekannte Täter eine Stahltür an der Rückseite eines Kiosk an der Dortmunder Allee in Kamen aufgehebelt. Vermutlich zwei Personen brachen danach noch eine weitere Tür auf und gelangten in den Verkaufsraum. Durch die auslösende Alarmanlage und Zeugen anscheinend gestört, flüchteten die Täter in Richtung Schreberweg. Über die Beute kann noch keine Angabe gemacht werden. Die Personen trugen für die Jahreszeit ungewöhnlich dicke Jacken und hatten sich Kapuzen aufgesetzt. Hinweise nimmt die Polizei in Kamen unter 02307/9213220 oder 921-0

entgegen.

Sprechzeiten für Schwerbehinderte geändert

Die seit 2008 beim Kreis angesiedelte Versorgungsverwaltung arbeitet auf Hochtouren, kann krankheitsbedingt aber seit einiger Zeit die wachsenden Aktenberge nicht mehr abarbeiten. Um die Rückstände möglichst zeitnah aufzuholen, werden die Sprechzeiten vorübergehend eingeschränkt.

Vom 1. Oktober bis zum 31. Dezember entfallen die Sprechstunden dienstags und donnerstags von 8 bis 13 Uhr. Erreichbar bleiben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Bereich Schwerbehindertensachen bis zum Jahresende montags und mittwochs von 8 bis 16.30 Uhr, dienstags und donnerstags von 13 bis 16.30 Uhr sowie freitags von 8 bis 12.30 Uhr.

Die Zahl der Menschen mit Behinderung im Kreis Unna ist groß: Mehr als 100.000 Männer, Frauen und Kinder – und damit ein Viertel der Gesamtbevölkerung – müssen mit einem Handicap durchs Leben gehen. Da ergeben sich zwangsläufig viele Fragen: Wie erhalte ich einen Schwerbehindertenausweis? Wann kann ich einen Behindertenparkplatz nutzen? Unter welchen Voraussetzungen kann ich kostenlos Bus fahren? Hier bietet der Kreis Unna Service: Auf der Internetseite www.kreis-unna.de (Suchbegriff: Schwerbehinderung) sind die meistgestellten Fragen zum Schwerbehindertenrecht und die dazugehörigen Antworten hinterlegt.

GSW investieren in Windkraft und Photovoltaik

Die Gemeinschaftsstadtwerke weiten ihr Engagement in erneuerbare Energien aus. Mit einer Investitionssumme von 3 Millionen Euro beteiligen sich die GSW an der Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co.KG (TEE).



Windräder der GSW in Süddeutschland. Investiert werden soll aber auch in Fotovoltaikanlagen. Foto: GSW

Mit der TEE und ihren zukünftig rund 40 kommunalen Gesellschaftern wollen die GSW in den kommenden Jahren in ertragreiche Windparks und Photovoltaik-Freiflächenanlagen in ganz Deutschland investieren. Insgesamt planen die Gesellschafter der TEE ein 500 Millionen Euro-Investment in den Ausbau der erneuerbaren Energien. Bei der ersten Gesellschafterversammlung in Düsseldorf unterzeichnete GSW-Geschäftsführer Robert Stams den Konsortialvertrag der TEE.

„Die Energiewende ist ein Jahrhundertprojekt, das wir mitgestalten wollen“ erklärte Robert Stams anlässlich der Vertragsunterzeichnung. „In den nächsten Jahren werden wir uns mit der TEE noch breiter aufstellen können. Sinnvoll ist insbesondere die deutschlandweite Streuung der Projekte, die das Risiko windschwacher Jahre in bestimmten Regionen minimiert und die Chancen auf gleichmäßige Erträge erhöht.“

Innerhalb der kommenden Jahre sollen im Rahmen der TEE

Windparks und Photovoltaik-Anlagen mit einer Gesamtleistung von 275 Megawatt aufgebaut werden. Das reicht rechnerisch für die Versorgung von weit über 100.000 Haushalten.

Kommunales Kino zeigt Komödie „Die Friseurin“ von Doris Dörrie

Der Fachbereich Kultur der Stadt Kamen lädt zum Kommunalen Kino am Mittwoch, 23. September, ab 20:00 Uhr in das Haus der Stadtgeschichte ein. Gezeigt wird die deutsche Filmkomödie „Die Friseurin“ der Regisseurin Doris Dörrie aus dem Jahr 2010.

✘ Es spielen Gabriela Maria Schmeide als Friseurin Kathi in der Hauptrolle, sowie Rolf Zacher, Maren Kroymann und viele Andere.

Eigentlich wollte die arbeitssuchende Friseurin Kathi König, die mit ihrer Tochter in einer Plattenstadt in Berlin-Marzahn lebt, nur endlich wieder in ihrem Traumberuf arbeiten. Als sie sich jedoch im nahegelegenen Einkaufszentrum für ihren neuen Job als Filialleiterin eines Friseurgeschäftes vorstellt, weist man sie wegen ihrer Körperfülle ab, denn Kathi ist ziemlich dick. Frustriert aber trotzig setzt sie fortan alles daran, im leerstehenden Asia-Imbiss gleich nebenan einen Konkurrenzsalon zu eröffnen, doch das klingt einfacher, als es wirklich ist. Sie hat gegen den Widerstand von Jobcenter, Banken und Berater zu kämpfen.

Eintritt 4 € an der Abendkasse im Haus der Stadtgeschichte.

Landesministerin Steffens besucht Erstaufnahmeeinrichtung für Asylbewerber

Landespolitik vor Ort: NRW-Gesundheitsministerin Barbara Steffens verschaffte sich bei einem Besuch in der Erstaufnahmeeinrichtung für Asylbewerber in Unna-Massen einen aktuellen Überblick über die Situation der dort untergebrachten Flüchtlinge und über die Arbeit der Helfer.



Ministerin Barbara Steffens
bei der Begrüßung durch
Landrat Makiolla (r.).
Foto: Kreis Unna

Die Erstaufnahmeeinrichtung wird von der Kreisverwaltung im Auftrag und auf Kosten des Landes betrieben. Der Kreis übernimmt dort seit Anfang Juli die Registrierung von Asylbewerbern. Das für die Annahme und Entscheidung von Asylanträgen zuständige Bundesamt für Migration (BAMF) soll ebenfalls vor Ort arbeiten und so die Wege zwischen Antragstellung und Entscheidung kurz machen. Allerdings wird diese Präsenz nach derzeitigem Stand erst ab November umgesetzt werden können.

Landesgesundheitsministerin Steffens wurde von Landrat Michael Makiolla in der Erstaufnahmeeinrichtung begrüßt. Mit am Tisch des internen Austausches saßen Spitzenkräfte des NRW-Ministeriums, die zuständigen Fachbereichsleiter der

Kreisverwaltung und Vertreter des Deutschen Roten Kreuzes (DRK), das die Betreuung der Flüchtlinge in Unna-Massen übernommen hat.

Ministerin Barbara Steffens informierte sich insbesondere über die gesundheitliche Betreuung der Flüchtlinge und diskutierte über Möglichkeiten, die Versorgung der in unserem Land Zuflucht suchenden Menschen zu verbessern.

Petra Reski schreibt über „Die Gesichter der Toten“

Die Schriftstellerin Petra Reski, in Kamen geboren und aufgewachsen, hat einen neuen Roman veröffentlicht. „Die Gesichter der Toten“ heißt der zweite Band mit der Staatsanwältin Serena Vitale als Hauptperson, die – wie schon im ersten Band – wieder auf Verbrecherjagd im Mafiamilieu geht.



Petra Reski Foto: Paul Schirnhofer

Petra Reski ist eine ausgewiesene Kennerin der Mafia, wozu nicht unerheblich beiträgt, dass sie inzwischen im schönen Venedig lebt. Dort hat sie viel über die Krake des Verbrechens recherchiert, hat ein viel beachtetes Sachbuch dazu geschrieben und nun eine Krimireihe begonnen. Weil sie aber weiter dem Ruhrgebiet verbunden ist, spielen Passagen des Romans auch in Dortmund.

Seit Jahrzehnten ist ein Kopf der Mafia untergetaucht und so sehr auch nach ihm gefahndet wird, der Pate ist einfach nicht

zu fangen. Als schließlich Serena Vitale in die Suche übernimmt, kommt Bewegung in den Fall. Sie entdeckt einen Komplizen des Paten, eine Geliebte und stößt plötzlich auf die Spuren ihres Vaters, der als Gastarbeiter in Dortmund gelebt hat. Die Mafiageschichte bekommt für sie unerwartet familiäre Bezüge. Es ist ein ebenso spannender wie kenntnisreicher Krimi, den Petra Reski da erzählt.

„Die Gesichter der Toten“ ist bei Hoffmann & Campe erschienen, hat 320 Seiten, kostet als Buch 20 Euro und als E-Book 15,99 Euro und ist im Buchhandel erhältlich.

OrchideenZauber – Ausstellung in der Ökologiestation

Vom 25. bis 27. September findet in der Ökologiestation in Bergkamen-Heil die Orchideenausstellung „OrchideenZauber“ statt. Neben einer Verkaufsausstellung für Pflanzen, Raritäten und Zubehör umfasst sie auch eine Schaupflanzung besonders attraktiver epiphytisch (aufsitzend) und terrestrisch wachsender Arten und Sorten.



Eine heimische Orchidee,
das Breitblättrige
Knabenkraut. Foto: Bernd
Margenburg

Die ausstellenden Orchideengärtner können dank ihrer Erfahrung insbesondere das Wachstum der tropischen Orchideen auf sogenannten Epiphytenstämmen nachgestalten. Dazu gehören eine Menge handwerkliches Geschick und ein gutes gärtnerisches

Auge. Es ist durchaus eine Kunst, einen solchen Epiphytenstamm optisch attraktiv zu gestalten und gleichzeitig das natürliche Wachstum der Orchideen anschaulich darzustellen. Dabei sind dann viele, vor allem kleine, aber auch besonders interessante Pflanzen zu bewundern. Es wird auch eine umfassende Beratung geben. Außer Fachsimpeleien können dabei alltägliche Kulturfragen zum Umtopfen, Gießen, Düngen und zur Schädlingsbekämpfung diskutiert werden.

Bereits am Vorabend, Donnerstag den 24. Oktober um 19.00 Uhr, findet ein Einführungsvortrag von Peter Kopf zum Thema statt. Die Ausstellung ist jeweils ab 10.00 Uhr geöffnet, am Freitag bis 19.00 Uhr, Samstag bis 18.00 Uhr und Sonntag bis 16.00 Uhr.

Flüchtlinge: Oberbürgermeister und Landräte fordern in Bergkamen mehr Hilfe durch das Land

Bei ihrem turnusmäßigen Treffen haben sich die Oberbürgermeisterinnen, Oberbürgermeister und Landräte des Ruhrgebietes in der Ökologiestation des Kreises Unna in Bergkamen ausführlich mit der Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen befasst.



Oberbürgermeisterinnen, Oberbürgermeister und Landräte aus dem RVR-Gebiet tagten in der Ökologiestation in Heil.

Weil die Hauptaktivitäten bei der Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland derzeit in den Kommunen stattfinden, ist es für die Verwaltungschefs nicht nachvollziehbar, dass am geplanten Flüchtlingsgipfel der Bundeskanzlerin am 24. September in Berlin keine Vertreter der Kreise, Städte und Gemeinden teilnehmen sollen. Die Hauptverwaltungsbeamten des Ruhrgebietes fordern daher Bundeskanzlerin Angela Merkel auf, Repräsentanten der kommunalen Spitzenverbände zum Flüchtlingsgipfel hinzuzuziehen.

Die Aufnahme von Flüchtlingen ist nach Ansicht der Oberbürgermeisterinnen, Oberbürgermeister und Landräte eine gesamtstaatliche Aufgabe, an der sich alle staatlichen Ebenen unseres Landes, also der Bund, die Länder und die Kommunen, angemessen zu beteiligen haben. Es könne nicht sein, dass die unterste Ebene, also die Kommunen, von Bund und Land in die Pflicht genommen werden, ohne die Gelegenheit zur Mitsprache zu erhalten.

☒ Bisher haben sich Bund und Länder bei der Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen auf die Hilfe der Kommunen verlassen. Nun sei für die Bewältigung dieser großen Aufgabe, insbesondere bei der künftigen Integration in Regelsysteme wie Arbeitsmarkt, Schulen oder Kindergärten, die vorbehaltlose Unterstützung durch Bund und Land notwendig – so die gemeinsame Haltung aller Oberbürgermeisterinnen, Oberbürgermeister und Landräte des Ruhrgebiets.

Darüber hinaus wurde ein gemeinsames Schreiben der Hauptverwaltungsbeamten des Ruhrgebietes an die Ministerpräsidentin des Landes Nordrhein-Westfalen, Hannelore Kraft, unterzeichnet, in dem die Landesregierung um noch weitergehende Unterstützung bei der Bewältigung dieser großen Herausforderung für die Kommunen gebeten wird.

Insbesondere fordern die Hauptverwaltungsbeamten der Ruhrgebietskreise und -städte eine weitere Erhöhung der Landeskapazitäten für die Erstaufnahme von Asylbewerbern. Den

Kommunen sollten nur die Personen zugewiesen werden, die auch tatsächlich eine erkennbare Bleibeperspektive haben.

Um künftig Steuererhöhungen und Schließungen von kommunalen Einrichtungen zu vermeiden, fordern die Verwaltungschefs eine vollständige Kostenerstattung durch Land und Bund. Nur so könne der soziale Frieden in den Kreisen, Städten und Gemeinden gewahrt bleiben.

Außerdem sei eine flexiblere Haltung der Kommunalaufsicht des Landes bei der Anwendung der Regelungen über den Vollzug von kommunalen Haushaltssicherungskonzepten und Haushaltssanierungsplänen notwendig, um den Kommunen insbesondere bei den Investitionen für Flüchtlingsunterkünfte größere Handlungsspielräume zu gewähren.

Nach Ansicht der Oberbürgermeisterinnen, Oberbürgermeister und Landräte tragen die Kreise, Städte und Gemeinden in Deutschland die Hauptlast bei der Aufnahme von Flüchtlingen. Allein im Ruhrgebiet leben derzeit rund 42.000 Flüchtlinge. Das sind 42 Prozent aller Flüchtlinge, die das Land Nordrhein-Westfalen aktuell aufgenommen hat.

Die Organisation der Aufnahme dieser Menschen sei bislang deshalb so gut gelungen, weil sich ehrenamtliche und hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Kommunalverwaltungen, aus Landesbehörden und aus Hilfsorganisationen in den vergangenen Wochen außergewöhnlich engagiert haben. Insbesondere das spontane ehrenamtliche Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger sei bemerkenswert. Die Oberbürgermeisterinnen, Oberbürgermeister und Landräte sprechen daher allen Helferinnen und Helfern ihren Dank aus.

Brief an Ministerpräsidentin Hannelore Kraft:

„Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin,

die Anzahl der Flüchtlinge, die in diesem Jahr nach Deutschland kommt, erreicht nicht gekannte Dimensionen. Die Prognose des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) ging anfänglich von bundesweit 300.000 Asylantragstellern in 2015 aus. Anfang Mai 2015 hat das BAMF seine Prognose um 50 % nach oben korrigiert und rechnete mit einem Zugang von geschätzten 400.000 Erst- und 50.000 Folgeantragstellern für das Jahr 2015. Aktuell wurde diese Prognose nochmals drastisch angehoben. Demnach sollen dieses Jahr 800.000 Asylbewerber nach Deutschland kommen.

Inzwischen wird bereits offen davon gesprochen, dass möglicherweise 1 Mio. Menschen aufgenommen werden müssen. Aber unabhängig davon, wie viele Menschen in Deutschland Schutz suchen, stehen wir gemeinsam vor einer großen humanitären Herausforderung im Hinblick auf die Unterbringung, Versorgung und Integration der Flüchtlinge. Damit dies gelingt, bedarf es neben einem stärkeren Engagement des Bundes auch der weiteren Unterstützung durch die Landesregierung.

Innenminister Ralf Jäger hatte bei unserem Treffen am 12. August bereits eine hilfreiche Änderung der Stichtagsregelung für die pauschalierte Landeszuweisung nach FlüAG zugesagt. Neben der Vorfinanzierung haben wir in dem Termin noch weitere, drängende Sorgen vorgetragen. Wir möchten heute unsere gegenüber dem Innenminister bereits formulierten Erwartungen und Forderungen noch einmal aufzeigen und hoffen auf Ihre Unterstützung, dass diese bei der Landesregierung auch Gehör finden.

Unabhängig von den folgenden finanzpolitischen Betrachtungen muss grundsätzlich Folgendes gelten: Die Kapazitäten für die Erstaufnahme von Asylbewerbern müssen schnell und deutlich erhöht werden. Es dürfen den Kommunen nur die Personen zugewiesen werden, die auch tatsächlich eine erkennbare Bleibeperspektive haben. Uns allen wäre sehr geholfen, wenn Sie sich für Verfahrenserleichterungen im Vergaberecht, bezgl. der EU-Störfallrichtlinie und bei den brandschutzrechtlichen

Vorschriften – analog zum Erlass des MBWSV zu den Zeltunterkünften – einsetzen würden. So könnten wir in die Lage versetzt werden, ohne große zeitliche Verluste die uns zugewiesenen Flüchtlinge adäquat unterzubringen.

Haushalt/Haushaltsausgleich

In Stärkungspaktkommunen und in Kommunen mit einem HSK müssten die durch die Flüchtlingskosten entstehenden Defizite nach Auffassung der Kommunalaufsicht durch andere Maßnahmen aufgefangen werden, damit die gesetzten Haushaltsausgleichszeiträume eingehalten werden. Viele Ausgleichsmechanismen stehen nicht mehr zur Verfügung, so dass in aller Regel auf Steuererhöhungen oder Aufgabenverzichte (z. B. Schließung von öffentlichen Einrichtungen) zurückgegriffen werden müsste. Hierin liegt u. a. ein erheblicher gesellschaftspolitischer Sprengstoff. Damit der soziale Frieden in den Kommunen gewahrt bleibt, ergeben sich für uns folgende Forderungen:

- Die Kommunen benötigen eine vollständige Kostenerstattung durch Land und Bund. Dies impliziert auch die Forderung nach Erstattung der Aufwendungen für geduldete Flüchtlinge. In den NRW-Kommunen besteht nach unserer Kenntnis bisher bundesweit die geringste Deckungsquote.
- Sie benötigen eine verlässliche Grundlage für die Haushaltsplanung.
- Soweit aufgrund der unvollständigen Kostenübernahme zum im HSK/HSP festgesetzten Zeitpunkt des Haushaltsausgleichs der Haushaltsausgleich nicht erreicht wird, wird in diesem Umfang das Verfehlen des Haushaltsausgleiches von der Kommunalaufsicht nicht beanstandet.

Nettoneuverschuldungslinie 0 €uro

Stärkungspaktkommunen und Kommunen mit einem HSK haben die

Vorgabe, die jährlichen Investitionen so zu planen, dass keine Nettoneuverschuldung eintritt. Hierdurch sind heute alleine schon die zwingend notwendigen Maßnahmen an Schulgebäuden und Straßen kaum noch bzw. gar nicht durchführbar. Durch die immer weiter ansteigende Zahl von Flüchtlingen und Asylbewerbern sind die Kommunen gezwungen, neue Unterbringungsmöglichkeiten zu schaffen, da die vorhandenen Unterbringungsmöglichkeiten z. B. in Wohnungen oder leerstehenden Gebäuden nicht mehr ausreichen. Diese neuen Investitionsmaßnahmen stehen damit in Konkurrenz zu den ebenfalls unabweisbaren Schul- und Straßenbaumaßnahmen.

Hieraus leitet sich für uns folgende Forderung ab: ?

- Die Investitionskosten, die in direktem Zusammenhang mit den zu schaffenden Unterkünften stehen, müssen bei der Betrachtung der Nettoneuverschuldungslinie außer Acht gelassen werden. Diese sind darüber hinaus zu gewähren.

Gleichzeitig darf es nicht passieren, dass die Sparanstrengungen von Kommunen mit ausgeglichenen Haushalten konterkariert werden und diese durch die Maßnahmen zur Unterbringung von Flüchtlingen in die Haushaltssicherung geraten. Dies würde die derzeit mehrheitlich positive Grundstimmung innerhalb der Stadtgesellschaften bezogen auf die Aufnahme von Flüchtlingen gefährden.

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin, wir stellen uns der Aufgabe, Flüchtlinge menschenwürdig aufzunehmen und ihnen Integrationschancen zu bieten. Wir sind uns unserer Verantwortung bewusst. Allerdings sind wir nicht mehr in der Lage, u. a. die Kosten hierfür über unsere Haushalte abzufangen. Wir brauchen dringend Unterstützung und eine Perspektive! Ihr Einverständnis vorausgesetzt haben wir Herrn Innenminister Jäger eine Kopie dieses Schreibens zukommen lassen.“

Unbekannte drohen Kioskmitarbeiterin mit Waffe – und flüchten

Zwei unbekannte Männer haben am Donnerstagabend versucht, einen Kiosk an der Derner Straße in Lünen zu überfallen. Sie bedrohten eine Mitarbeiterin mit einer Waffe.

Gegen 21.50 Uhr waren die beiden Männer am Verkaufsfenster des Kiosks erschienen. Sofort bedrohte einer von ihnen die Mitarbeiterin mit der Waffe und forderte sie auf, ihnen Bargeld herauszugeben. Aus Angst rannte die junge Frau in den hinteren Bereich des Verkaufsraums und schrie nach dem Kioskbesitzer. Die Täter bekamen es daraufhin offenbar ebenfalls mit der Angst zu tun und flüchteten ohne Beute in nördliche Richtung.

Die zwei Unbekannten werden wie folgt beschrieben: Einer von ihnen war ca. 180 bis 185 cm groß, ca. 20 bis 25 Jahre alt und mit einer schwarzen Kapuzenjacke bekleidet. Der zweite war deutlich kleiner, etwa 165 bis 170 cm groß, ca. 20 bis 25 Jahre alt, trug einen Vollbart und eine schwarze Jacke.

Die Polizei sucht nun Zeugen: Haben Sie gestern Abend im Tatortbereich zwei verdächtige Männer gesehen? Dann melden Sie sich bitte beim Kriminaldauerdienst in Dortmund unter Tel. 0231/132-7441.

Schuleingangsuntersuchung: Jedes vierte Kind hat Sprachprobleme



Dr. Petra
Winzer-Milo,
die Leiterin
des Kinder-
und
Jugendgesundh
eitsdienstes
beim Kreis

Mädchen sind häufiger übergewichtig, Jungen zeigen dafür öfter Entwicklungsdefizite, die behandelt werden müssen. Das ist das Ergebnis der Schuleingangsuntersuchungen des Kreises Unna. Wie im Vorjahr stellten die Schulärztinnen des Kreises bei fast jedem vierten Kind Sprachprobleme fest.

Dabei macht es allerdings kaum einen Unterschied, ob die Kinder aus deutschsprachigen Familien kommen oder aus interkulturellen Familien: Rund 24 Prozent der Kinder, die deutsche Muttersprachler sind, haben eine Sprachstörung, während dieser Anteil bei den Kindern mit einer anderen Muttersprache mit rund 24,5 Prozent nur geringfügig höher ausfällt. Deutlich auffälliger ist hier der Unterschied zwischen Mädchen und Jungen: Rund 19 Prozent der Mädchen, aber rund 30 Prozent der Jungen haben Probleme beim Sprechen.

Interessant ist: Mit 35,9 Prozent hat Bergkamen den höchsten Anteil an Kindern aus Familien, in denen Deutsch nicht die Erstsprache ist. Der Anteil der Kinder mit Sprachstörungen liegt aber deutlich unter dem Kreisdurchschnitt. Auch bei den Kindern mit Verhaltensstörungen „schneidet“ Bergkamen

wesentlich besser ab als die eher ländlichen Kommunen Fröndenberg oder Selm.

Die Ergebnisse aufgeschlüsselt nach Kommunen:



Insgesamt untersuchten die Schulärztinnen des Kreises zwischen September 2014 und Juli 2015 bei den Gesundheits-Checks, die für angehende i-Männchen zum Pflichtprogramm gehören, 3.149 Mädchen und Jungen. Aus langjähriger Erfahrung hat Dr. Petra Winzer-Milo, die Leiterin des Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes beim Kreis, Vergleichsmöglichkeiten. Sie unterstreicht: „Die Kinder sind nicht besser oder schlechter als früher. Die Ansprüche an unsere Kinder haben sich verändert, was sich beispielsweise daran ablesen lässt, dass sie heute früher eingeschult werden.“

Die Schuleingangsuntersuchung dauert in Nordrhein-Westfalen durchschnittlich eine Stunde. „Das zeigt, wie wichtig es ist, eine gute Grundlage für die gezielte Förderung der Kinder zu haben“, betont Dr. Petra Winzer-Milo. Sie freut sich darüber, dass sich ein positiver Trend der vergangenen Jahre bestätigt hat: Zur Einschulungsuntersuchung brachten 96 Prozent aller Einschulkinder ihr Vorsorgeheft mit. Davon hatten 95 Prozent an der Früherkennungsuntersuchung U9 im Alter von 5 Jahren teilgenommen.

Insgesamt wurden in den Bereichen Motorik, Sprache, Wahrnehmung und Verhalten ähnlich häufig Störungen und Auffälligkeiten festgestellt wie in den Vorjahren. „Wir beobachten allerdings, dass die Erstsprache nicht so entscheidend ist wie das Geschlecht“, analysiert Dr. Petra Winzer-Milo. „Jungen haben nicht nur bei der Sprache, sondern auch in anderen Bereichen wie Motorik oder Wahrnehmung deutlich häufiger Nachholbedarf als Mädchen.“

Deshalb empfehlen die Leiterin des Kinder- und

Jugendgesundheitsdienstes und ihre Mitarbeiterinnen Eltern, ihre Kinder zu Hause zu fördern – und zwar durch ein ganz normales Miteinander: „Sprache entsteht im Dialog. Eltern sollten viel mit ihren Kindern sprechen und keine Ein-Wort-Sätze durchgehen lassen“, nennt Dr. Petra Winzer-Milo ein Beispiel, wie sich Sprachförderung problemlos in den Alltag einbauen lässt.

Wieder höher als im Vorjahr ist mit 10,3 Prozent der Anteil übergewichtiger bzw. stark übergewichtiger Einschulkinder (2014: 8,5 Prozent). Auch deshalb empfehlen die Gesundheits-Expertinnen des Kreises mehr als einem Viertel der Kinder ausdrücklich, Sport zu treiben, um gesundheitliche Probleme in den Griff zu bekommen oder ihnen vorzubeugen.